

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

290 (11.12.1913) Erstes Blatt

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

**Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonne-
mentspreis:** Zugestellt monatl. 75 ¢, vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 ¢; am Postfach 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr.
Postfach Nr. 2650.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 Z. Lokalinsertate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Wed & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Rede des Abg. Scheidemann

in der 185. Sitzung des Reichstags vom 9. Dezember:

Der Reichstanzler hat nur über die auswärtige Politik gesprochen. Wir erkennen ihre Wichtigkeit nicht, aber wir bestreiten, daß der Kanzler immer noch der geeignete Mann ist, die Interessen des deutschen Volkes dem Ausland gegenüber wahrzunehmen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Reichstanzler hat u. a. von weißen Herrschern und klugen Staatsmännern gesprochen. Leider galt das nur vom Ausland. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich glaube die Pflicht zu haben, uns vom Vorkrieg über Javern nach Berlin zurückzuführen. Meine Aufgabe ist geradezu peinlich, denn ich muß nach dem Unwetter der vorigen Woche die Schäden abschätzen und die Verantwortlichkeiten feststellen. Persönliche Beschäftigung gegen den Reichstanzler liegt uns fern, sicher hat auch kein einziger der 20 Abgeordneten, die für das Mißtrauensvotum gestimmt haben, sich aus persönlicher Feindschaft gegen den Reichstanzler dazu verleiten lassen. Zur schärfsten Opposition bringt uns seine Politik und eine ganze Reihe seiner Vorlagen, wie z. B. die letzte Militärvorlage, die ein ungeheurer Fehler war, bei der Reichstanzler mit mildernden Umständen, bei der Reichstanzler war er nur das Werkzeug der übermächtigen Militärpartei, und die Einlösung des preussischen Wahlrechtsversprechens haben ihm die Juxter verboten. (Sehr wahr! links. — Lachen rechts.) Unsere Intervention wegen der Arbeitslosigkeit hat er mit einer kläglichsten Rede beantwortet lassen. Er hatte in den letzten Tagen so viel Kummer und Sorge, daß er

das Schreiben des Kaisers überhaupt nicht, der diesmalige stets in die Tasche und vergißt. (Große Heiterkeit links.) Das ist ein Zeugnis ersaunlicher „Hochachtung“ vor dem allergnädigsten Herrn. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenige Stunden später entdeckt man, daß es so auch nicht geht und man demnächst alles wieder und überhaupt, der Reichstanzler habe die beiden Schreiben nach ihrem Inhalt schon in seiner Rede erwähnt. Das hat er wohl getan, aber in einer Form und einer Umkleidung, daß es so gut wie unemerkt bleiben mußte. Also ein Spiel der Interpretation, um es allen recht zu machen: Dementi — Dementi des Dementis! Man sagt uns, wir hätten die Rede des Reichstanzlers nicht verstanden, aber ich habe den Eindruck, daß der Reichstanzler es an der notwendigen Klarheit in seiner Rede hat fehlen lassen.

„Ein vollkommener Widerspruch bleibt gleich geheimnisvoll für Auge wie für Ohr.“ sagt Goethe in der Degenkürde, es paßt aber auch auf unsere deutschen Zustände. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstanzler ist wieder da, wir haben ihn wieder. Es war peinlich für uns, als er heute seinen Fuß in diesen Saal setzte. In parlamentarisch regierten Ländern demissioniert ein Kabinett ganz selbstverständlich nach einem Mißtrauensvotum (Was rechts), darin liegt nicht nach einer Anerkennung der politischen Macht des Parlaments, sondern auch eine Würdigung der Selbstachtung des Ministers. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

In England und Frankreich anerkennen und sie erzwingen das Parlament durch die Androhung der Demission. Was der Reichstanzler am 4. Dezember dem Reichstanzler ein europäischer Staatsseiner Führerschaft bezeugt hat, hat kein europäischer Staatsmann ein. Es mühte der Stolz jedes Staatsmannes sein, der rebellierenden Mehrheit das Bündel vor die Füße zu werfen. (Anruhe rechts.)

Wenn der Reichstanzler uns am 4. Dezember ungefähr gesagt hat, es sei ihm ganz gleichgültig, was wir beschließen, so scheint das ein Mißverständnis gewesen zu sein. (Heiterkeit links), denn sonst wären ja die Versuche unverständlich, die von ihm nachstehender Seite gemacht wurden, um die einzelnen Parteien zur Abgabe von Erklärungen zu bestimmen, durch die das Mißtrauensvotum gemildert würde. Was Herr v. Bethmann-Hollweg hier gegen sein eigenes Gefühl gesagt ist

der Reichstanzler die Konsequenzen seines Beschlusses oder er bezieht sich selbst der unüberlegten Beschlusfassung und gesteht damit ein, daß er politisch nicht reif ist. Kein Abgeordneter, der für das Mißtrauensvotum gestimmt hat, kann dem Reichstanzler den Etat bewilligen. Am 4. Dezember hat das ganze Volk gejubelt, daß der Reichstag seinen Mann gestanden habe. (Lachen rechts. — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Zwei bürgerliche Abgeordnete waren die Helden des Tages, an dem der Reichstag Front gemacht hat gegen bürokratische Anmaßung und militärische Willkür. Ich habe mich darüber gefreut, aber es war fast zu schön. Eine fürchterliche Erbitterung wird das Volk erfassen, wenn es erkennen sollte, daß alles dies resolutionäres Wlendwerk, ohne den Willen der Tat gewesen ist.

Unsere Ablehnung des Etats wird diesmal noch eine ganz andere Resonanz finden als sonst, denn man wird sich sagen, der Etat bedeutet in der Hauptsache die Bewilligung von Mitteln für den Kriegsmilitär v. Falkenhahn. Der Nachfolger des Herrn v. Bethmann wird mit mehr Respekt als er von dem Stimmzettelhaufen reden, wenn er sieht, wer schon alles unter diesem Haufen begraben wurde. Schwärzende Redensarten imponieren dem Volke nicht mehr, sie ernten höchstens Gelächter, Hohn und Spott und maßlose Erbitterung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Wollen wir nur Propaganda für unsere Partei machen, dann wäre uns das Bleiben Bethmanns und Falkenhahns recht, aber wir wollen mitarbeiten und darum rufen wir Sie auf zur Tat: Wahren Sie die Volksrechte, die Würde der Volksvertretung, hüten Sie sich vor dem Sturm, der über Sie hereinbrechen wird, wenn Sie in die alte Schwäche gegenüber dem gemeingefährlichen Militarismus zurückfallen. (Lebhafte Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Das Geheimnis unserer Erfolge liegt in der Ueber einstimmung unserer Anschauungen und Forderungen mit den Bedürfnissen einer aufsteigenden Volksmasse. Jeder Staatsmann muß scheitern, der das nicht zu erkennen vermag. Für die Sozialdemokratie ist die Entscheidung, ob Herr v. Bethmann bleibt oder geht, keine Lebensfrage. Ihr kommt es darauf an, die Massen zum Kampfe zu erziehen, sie für den Kampfe zu bilden. Aber für alle bürgerlichen Parteien, die jetzt am Kreuzweg stehen, ist es eine Schicksalsfrage. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie aus verjagten sollten, frohgemut werden wir den Kampf um die Erweiterung der Volksrechte führen, in der sicheren Ueberzeugung, daß fallen muß, was uns entgegensteht. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

an die hunderttausende hungernde Arbeiter nicht hat denken können.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber keine Entschuldigung gibt es für die glatte Abgabe, die wir heute auf die Anfrage wegen der Verlängerung der Zollvereinfachungen für die Fleischzufuhr erhalten haben. In Groß-Berlin hat sich die Fleischzufuhr als eine ungeheure Einengung erwiesen, der Landwirtschaftsminister aber hat eine Eingabe wegen ihrer Verlängerung über den Jahresfrist hinaus seit dem 20. November unbeantwortet gelassen. (Hört, hört! links.)

Wir würdigen die Vorlagen des Reichstanzlers objektiv, eine Anzahl davon sind ja nur mit unserer Hilfe Gesetz geworden, so die Verfassung von Straf-Vorbringen, die Verhütung, die Keinen Verbesserungen des Zivil- und Militärstrafgesetzes. Nicht wir, sondern Herr v. Bethmann-Hollweg selbst ist es gewesen, der sich die gegenwärtig so befährliche Situation geschaffen hat, aus der ein Ausweg gefunden werden muß, der der Würde der deutschen Volksvertretung entspricht. (Lebhafte Zustimmung links.) Von der Komik dieser Situation könnte ein Duzend Romödienmacher lange Zeit leben, die Empörung weiser Volkstriebe wird immer wieder überboten von dem Gelächter über die vielen Ungeschicklichkeiten. Wer zuletzt ausgelacht wird, wird am schlimmsten ausgelacht und ich fürchte, das wird unter Umständen der Reichstag sein, wenn er nicht auf der Hut ist. Welche Wirkung hat unser ernsthafter Beschluß vom 4. Dezember gehabt? Es hat in Donauessingen eine sehr kurze Unterredung des Kaisers mit dem Kanzler, dem Statthalter Graf Wedel und dem General v. Deimling stattgefunden, kurz — weil der Kaiser gleich nachher zu weiteren Festlichkeiten fahren mußte. Sogar der höchst gutgehumte „Hamburgische Korrespondent“ schreibt, daß

der Betisch des persönlichen Regiments.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man hat zurzeit nicht die Gnade, den leitenden Mann, dessen Autorität erschüttert ist, zu entlassen, weil man glaubt, die Autorität der Krone dadurch wahren zu müssen, daß man ihnen vor aller Welt desavouierten Vertreter an sein Amt setzt. Ueberall die gleiche Verwirrung: Die schuldigen Offiziere in Javern läßt man im Interesse der militärischen Autorität nicht gehen und den Reichstanzler im Interesse der monarchischen Autorität. Nur keine Zugeständnisse an die Öffentlichkeit, das Parlament, das Zivil! Aber eine Autorität, die eine so große Angst vor Zugeständnissen hat, trägt damit alles andere als das große Gefühl der Sicherheit zur Schau. Der Reichstanzler lebt nicht, er ist geliebt! (Große Heiterkeit.)

Ich frage Sie, Herr Reichstanzler: Glauben Sie noch die Autorität zu besitzen, das deutsche Volk nach außen vertreten zu können? Das Ausland wird nach dem ergebnislosen Mißtrauensvotum der Fünftel-Mehrheit eine große Hochachtung vor dem deutschen Volke nicht haben, denn es schätzt ein Staatsmann nach dem Fonds des Vertrauens ein, den er sich im Parlament und im Volke erworben hat. Werden die ausländischen Diplomaten nicht lächeln, wenn der Reichstanzler davon spricht, daß er das deutsche Volk hinter sich hätte, wird die ausländische Presse nicht sagen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg ein großer Staatsmann ist, da er es fertiggebracht hat, die ganze deutsche Nation zu einigen, aber — gegen sich! (Heiterkeit und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aus dieser Situation kann ein Kompromiß keine Lösung bieten. Die Situation ist wenig würdig. Der Reichstanzler ist zurückgeschickt worden, nachdem er mit einem Mißbilligungsbeschluß nach Donauessingen gefahren ist. Das ist eine

Und alles wie zuvor!

Scheidemann — Bethmann. — Rückzug der Bürgerlichen.

Um Neune ist alles vorbei — diesmal war aber schon um vier Uhr nachmittags „alles vorbei“, als Spahn, der Lederne, das Wort ergriff. Mit atemloser Spannung hatte das Haus Scheidemanns glänzende Aktte auf den Reichstanzler und das persönliche Regiment verfolgt, mit aufmerksamem Interesse nahm es den müde gequälten Abwehrversuch des Reichstanzlers entgegen, dann aber sank die bleierne Langweile auf das Haus, denn Spahn redete, er redete über tausend Dinge, auf die es nicht ankam, er redete wie der Landregen draußen regnete, matt, dünn, eintönig, einschläfernd. Keerwards im Saale und auf den Tribünen. Alles vorbei!

die unerreuliche Galt in befremdendem Mißverhältnis steht zu der ersten Situation des deutschen Volkes.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Verlegung der Truppen aus Javern ist eine zweifelhafte Maßnahme und soll es auch wohl sein. Man sagte den Vertretern der Rechte des Zivils: „Seht doch, wie wir euch Genugtuung verschafft haben!“ und dem Militär: „Na, haben wir die Geschichte nicht sein gemacht? Die Hausbesitzer, die Handwerksmeister und Kaufleute von Javern haben wir schon hineingelegt. Jetzt mag der Gemeinderat einen Fußfall tun, damit andere Truppen hinkommen!“ Mit dieser Zweideutigkeit aber hat man es seinem recht gemacht und das ganze ist schließlich eine Verfrachtung der Soldaten, der Interoffiziere, die ihre Familien in Javern haben. Man hat ja auch die 6 Netze, die die Mitteilungen über das wunderbare Vorgehen des Herrn v. Forstner gemacht haben sollen, gleich am Schlafittchen genommen und heute in Haft gehalten. Die Offiziere sündigen und die Soldaten und Bürger werden dafür bestraft. Und was die Beschleunigung der kriegsgerichtlichen Entscheidung anlangt, so wird man ja im Vertrauen auf die Militärjustiz (Gelächter bei den Sozialdemokraten) die Entscheidung abwarten können. Auf eine

starke Geste des persönlichen Regiments.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt uns, im Herbst des nächsten Jahres werde ein anderer an Bethmanns Stelle sitzen. Erinnern Sie sich doch, daß Sie die große Militärvorlage dem alten würdigen Herrn v. Heeringen bewilligt haben (Lachen rechts, Zuruf des Abg. Erzberger), der Zwischenruf freut mich, denn in meinem Manuskript steht unmittelbar hinter dieser Stelle in Klammern: „Herr Erzberger macht einen Zwischenruf!“ (Stürmische Heiterkeit.)

Herr v. Heeringen hat auch alle die Resolutionen des Reichstags schmunzelnd in die Modische gesteckt; kaum war die Militärvorlage angenommen, verschwand Herr v. Heeringen und aus der Kulisse tritt Herr v. Falkenhahn. In Wirklichkeit haben Sie die Militärvorlage Herrn v. Falkenhahn bewilligt, und so kann auch ein späterer Kanzler mit dem Etat wirtschaften, den Sie Herrn v. Bethmann bewilligen, das kann ein Kulturkämpfer oder auch ein Jesuit oder ein Mann sein, demgegenüber Herr v. Falkenhahn als Verfassungsfanatiker erscheint — wir haben darauf keinen Einfluß. Aber der Reichstag braucht mit dem Kanzler, den auch der Kaiser will, nicht zu arbeiten. Wenn der Reichstag, geküßt auf das Volk, in dieser Frage einig zusammensteht, wird kein Staatsmann in der Lage sein, ihm irgend welche Schwierigkeiten zu machen. Hier heißt es für den Reichstag

zur Tat überzugehen

und den Beschluß der Mißbilligung zu anzuwenden, wie er vom Volk verstanden worden ist. Das wertvolle Recht des Reichstags, die Nichtübereinstimmung mit dem Kanzler zu erklären, wäre leichtfertig entwertet, wenn man nachher sagen wollte, es war alles nicht so schlimm gemeint, wir wollen uns wieder vertragen. Wer nicht die Absicht und den Mut hat, eine Regierung zu beiseitigen, der darf sich auch nicht heillos bloßstellen vor der Besatzung, dem Parlament der ganzen Welt. Erntet er nicht

gründliche Reform unseres ganzen Militärwesens an Haupt und Gliedern

kommt es an und wir werden beim Geeresetat unsere auf die Demokratisierung des Heeres abzielenden Anträge noch energischer vertreten als schon bisher.

Waren die nach dem 5. Dezember getroffenen Anordnungen ein Erfolg der Reichstagsverhandlungen? Auch hier dieselbe Zweideutigkeit. Dem Reichstag kann man sagen, daß das Mißtrauensvotum gewirkt habe, dem Militärlisten dagegen, daß alles schon acht Tage vorher beschlossen war. Kaum hatte der Reichstanzler am 4. Dezember diesen Saal verlassen, da wurde von ihm sehr nachsichtiger Seite verbreitet, alles sei eigentlich bloß ein großes Mißverständnis. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen dem Reichstanzler ausnahmslos gute Gesundheit, aber eine Entscheidung mit Unwohlsein in solchem Zusammenhang war ein starkes Stück. Dem Volk ist es unklar, daß ein Reichstanzler zwei Schreiben des Kaisers in der Tasche behält, ohne sie in einer solchen Situation dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen. Das erinnert ja unwillkürlich an die „Daily Telegraph“-Affäre vor 5 Jahren. Der damalige Reichstanzler las

zur Tat überzugehen

und den Beschluß der Mißbilligung zu anzuwenden, wie er vom Volk verstanden worden ist. Das wertvolle Recht des Reichstags, die Nichtübereinstimmung mit dem Kanzler zu erklären, wäre leichtfertig entwertet, wenn man nachher sagen wollte, es war alles nicht so schlimm gemeint, wir wollen uns wieder vertragen. Wer nicht die Absicht und den Mut hat, eine Regierung zu beiseitigen, der darf sich auch nicht heillos bloßstellen vor der Besatzung, dem Parlament der ganzen Welt. Erntet er nicht

zur Tat überzugehen

und den Beschluß der Mißbilligung zu anzuwenden, wie er vom Volk verstanden worden ist. Das wertvolle Recht des Reichstags, die Nichtübereinstimmung mit dem Kanzler zu erklären, wäre leichtfertig entwertet, wenn man nachher sagen wollte, es war alles nicht so schlimm gemeint, wir wollen uns wieder vertragen. Wer nicht die Absicht und den Mut hat, eine Regierung zu beiseitigen, der darf sich auch nicht heillos bloßstellen vor der Besatzung, dem Parlament der ganzen Welt. Erntet er nicht

Ver-
teilung!
Etage.
V
95
8.55
8.
0/
3.65
1.35
5 an
wahl
ikate.
2.65
0.95
1.25
1.95
0.55
e!
kein hier
ls:
für Herren,
ite, Gosen
inzüge für
Damens,
me Schube
gulat sehr
5718
mator
Nr. 2291.
mal
al?
ganzen
laine

feinen ihr liebsten Vertreter der Staatsautorität denken als diesen Reichskanzler und diesen Kriegsminister. Wenn es möglich war, die Kläglichkeit der Spanischen Erklärung zu übertreffen, so hat das Herr Wassermann in seiner nachfolgenden Rede befohlen. Der nationalliberale Führer findet gar nichts dagegen zu bemerken, daß der Reichstagsbeschluss vom 4. Dezember in seinem Amte verbleibt. So gibt der „nationale“ Liberalismus Reichstagsrechte preis, das ist seine Auffassung von der Würde des Parlaments! Ja, er hält den Augenblick, in dem Wilhelm II. den mit einem Misstrauensvotum gesegneten Reichskanzler in den Reichstag zurückschickt, just für den geeigneten, um sich häuchlings platt in den Staub zu werfen vor dem persönlichen Regiment, das durch die Weisheit seiner Entschlüsse alles wieder ins Lot gebracht haben soll.

So erfreulich und lobenswert die Haltung der bürgerlichen Parteien am 3. und 4. Dezember war, so unsäglich abstoßend und ekelerregend wirkt auch ihr Zusammenbruch am 9. dieses ereignisreichen Monats. Es war nur ein kurzer Augenblick, in dem, aufgepeitscht von dem herausfordernden Auftreten des Kriegsministers, der Geist des Volkes in den bürgerlichen Volksvertretern lebendig wurde. Wie schnell ist auf diesen Rausch der Rassenjammer gefolgt! Dieselben Leute, die in der vorigen Woche in aufrichtiger Empörung mit geschwollener Zornader gegen den übermütigen Vertreter des Militarismus aufstanden, sahen jetzt schon und geduckt, angstvoll auf ihren Vätern. Das feige Philistertum war in ihnen wieder lebendig geworden, und in frommer Ergebung küßten sie die Hand, die soeben durch die Rücksendung dieses Reichskanzlers dem Reichstag einen Affront angetan hatte, wie noch nie!

Am 4. Dezember der feste Kern einer überwältigenden Majorität steht die Sozialdemokratie fünf Tage später schon wieder in glänzender Isolierung als die einzige Partei, die es mit dem Kampfe gegen den Militarismus und das persönliche Regiment ernst nimmt. Sie wird diesen Kampf nicht aufgeben, sondern ihn fortführen. Wüssen doch die Wähler der bürgerlichen Parteien jetzt endlich einsehen, daß sie sich im Irrtum befanden, als sie glaubten, sie hätten Männer in den Reichstag gesandt. So unbefriedigend dieser Ausgang in sachlicher Beziehung ist, in Rücksicht auf die Propaganda ihrer Ideen hätte sich die Sozialdemokratie ihn gar nicht besser wünschen können. Die sogenannte „Autorität“ ist erschüttert, der Kredit der bürgerlichen Parteien ist dahin. Nun mögen die Bürgerlichen mit Herrn v. Bethmann an der Spitze — gegen die Sozialdemokratie kämpfen! Sie mögen ihren toten Eid hoch auf das Ross binden, sie werden mit ihm seinen Feind in Schreden versetzen, keine Schlacht gegen den Umsturz gewinnen!

Deutsche Politik.

Das unbequeme Misstrauensvotum.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ haben offenbar den Auftrag erhalten, das Misstrauensvotum, das der Reichstag dem Reichskanzler ausstellte, als ein Produkt mangelnder Verlegung zu erweisen und dieser Aufgabe unterzieht die offizielle Korrespondenz allerdings mit mehr Eifer als Geschick. Daß die bürgerlichen Parteien nicht den Mut haben, gegen den Etat zu stimmen, steht fest, und es ist daher höchst überflüssige Arbeit, wenn die „Berl. Pol. Nachr.“ dem Zentrum und den Nationalliberalen zu Gemüte führen, daß sie mit einer Ablehnung des Etats nur die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgen würden. Man setzt dabei bei diesen Parteien einen Mut voraus, den sie gar nicht haben. Vielleicht auch, daß man parteiöffentliche Erklärungen probostieren will, die man dann in Vertrauensstundengebungen für den Reichskanzler umdeuten könnte. Die „Berl. Pol. Nachr.“ bezeichnen die Ableh-

nung des Etats als einen Uebergang in die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers und fahren dann fort:

„Nach besonders erschwerend fällt dabei die Tatsache ins Gewicht, daß der Reichstag, weil die Mehrheit bei ihrer Aufregung die bezüglichsten Andeutungen des Reichskanzlers überhört hat, in Unkenntnis der wesentlichen Teile der Anordnung der Regierung in Sachen Sabern seinen Beschluss gefasst hat. Selbst demokratische Blätter erkennen an, daß, wenn der Reichstag den von der „Nordd. Allg. Ztg.“ zusammengefaßten Tatbestand in allen seinen Teilen zu würdigen in der Lage gewesen wäre, der Ton und das Ergebnis der Verhandlungen sich wesentlich anders gestaltet hätte. Während also von Rechts wegen eine Revision jenes Beschlusses am Platze gewesen wäre, mutet die Sozialdemokratie dem Zentrum und den Liberalen zu, ihn zum Ausgangspunkt eines schweren Verfassungsbruches zu machen.“

Von den „Anordnungen der Regierung in Sachen Sabern“ hat der Reichskanzler weder in seiner ersten, noch in seiner zweiten Rede etwas gesagt. Das war es ja gerade, was der Reichstag wissen wollte, und es gehört schon eine merkwürdige Glaubensstärke dazu, die nachträglich aufgetauchte Behauptung für bare Münze zu nehmen, der Kanzler hätte wolke fürberlicher Indisposition vergessen, dem Reichstag die getroffenen Maßnahmen mitzuteilen. Mindestens in seiner zweiten Rede hätte der Kanzler, der über die Annahme des Misstrauensvotums nicht im Zweifel war, das am ersten Tage Vergessene nachholen müssen, er mußte es schon um deswillen nachholen, weil dies die einzige Möglichkeit des Versuches gewesen wäre, das Misstrauensvotum abzuwenden. Diese Anordnungen sind eben in Wirklichkeit erst nachher getroffen worden und sie hätten den Reichstag auch nicht befriedigen können, denn sie bedeuten in Wirklichkeit eine Bestrafung der Saberner Beschlüsse. Schließlich ergeht an die bürgerlichen Parteien folgende Mahnung:

„Es ist in der Tat die allerhöchste Zeit, daß die genannten bürgerlichen Parteien sich wieder auf sich selbst und ihre Pflicht gegenüber dem Reiche und der bürgerlichen Gesellschaft besinnen und bei den bevorstehenden Verhandlungen auf das entschlossenste von der Sozialdemokratie abwidren und deren verfassungswidrige Bestrebungen mit dem größten Nachdruck zurückweisen.“

Die alte Methode — man schwenkt den roten Bapen und hofft auf diese Weise die bürgerlichen Parteien wieder gefügig zu machen. Dieses heiße Bemühen läßt aber erkennen, daß das Misstrauensvotum dem Reichskanzler und seiner Regierung doch höchlich unangenehm ist.

b. Deimling wollte scharfschießen, darum ging er nach Südwest.

Der General v. Deimling, der in der Affäre von Sabern eine Hauptrolle spielt, hat am Montag in Straßburg über seine Erlebnisse in Deutsch-Südwestafrika einen Vortrag gehalten. Hierüber berichtet nun die „Post“ u. a.: „General v. Deimling gab einen Ueberblick über die Entstehung der Wirren in Deutsch-Südwestafrika und sagte, er habe sich feinerzeit freiwillig gemeldet, weil er nicht immer nur Platzpatronen bereschießen wollte.“ Auch in den „Berliner Neuesten Nachrichten“ wird dieser Bericht wiedergegeben. Das Eingeständnis Deimlings, daß ihn die Lust am Schießen nach Südwestafrika getrieben hat, reißt sich seinen bisherigen Taten würdig an.

Der unwürdige Einjährige.

Einen neuen Streich hat sich Joeben der preussisch-deutsche Militarismus mit Unterstützung der beteiligten Zivilbehörden geleistet. Der Genosse Walter Stöder in Köln, der besonders in der proletarischen Jugendbewegung tätig war und bis vor wenigen Wochen als Berichterstatter an der „Rheinischen Zeitung“ in Köln arbeitete, ist sein Opfer: Am 22. Juli ds. Js. kam ein Schutzmann in seine Wohnung, ließ sich den Berechtigungschein Stöders zum Einjährig-Freiwilligendienst vorlegen und beschlagnahmte ihn. Ende Juli wurde Stöder folgendes Schriftstück zugelandt:

Die Polizei hatte bei ihm einen Brief von mir gefunden, der die Antwort auf eine Bitte Apfels gewesen war, ihm in Paris eine Stelle zu verschaffen. Apfel, gegen den nicht der geringste Schuldbeweis erbracht werden konnte, wurde nach sechswochentlicher Untersuchung wieder auf freien Fuß gesetzt, nachdem ihn fast die ganze Presse seines Vaterlandes auf empörende Art und Weise beschimpft hatte.

Nach ihm kam die Reihe an Ingenieur Besser, der auch in meinem Prozeß verurteilt worden war. Meine Beziehungen zu ihm stammten auch aus der Zeit meiner Anstellung bei den Krupp-Gruson-Werke in Magdeburg her. Da die alten Waffenmodelle alle nicht mehr genügten, so hatten sich in jener Zeit — von 1890—93 — die großen Waffenfabriken aller Länder auf die Erfindung eines Schnellfeuergeschützes geworfen, das von militärischen Autoritäten hätte anerkannt werden können. Besser glaubte, eine solche Erfindung gemacht zu haben, und bot sie und seine Dienste den Stodowerken in Wilsen an, die auch darauf eingingen. Später, als ich schon wieder in Paris war, hat mich Besser, seine Erfindung auch in Paris anzubringen. Als ich gerade auf dem Punkt war, das Geschäft abzuschließen, wurde ich in Köln verhaftet. Ich frage wieder und immer wieder: Sollte Besser, wenn er auch Deutscher war, nicht das Recht, seine rein persönlichen Erfindungen anzubringen wo er wollte, besonders wenn, wie in diesem Falle, in Preußen niemand daran dachte, sie ihm abzukaufen? Aber die deutsche Justiz legte die Sache anders aus.

Es ging in den November, die Tage wurden trüb und kurz, und ich hatte mich öfters über Ralte in meiner Zelle beklagen müssen. Eines schönen Morgens erichien der Aufseher, forderte mich auf, meine Sachen zu packen und mit ihm zu gehen. Mein erster Gedanke war, daß man mich freilasse, und mein Herz schlug zum Zerbrechen. Aber ach, es war nichts; ein paar Lire weiter blieb der Mann schon stehen.

„Hier haben Sie eine andere Zelle! Sie ist viel wärmer als Ihre letzte, der Kamin geht hier durch die Mauer.“ Es war eine Aufmerksamkeit meines guten Direktors Brandt; denn wirklich hatte ich von jetzt an immer fast 16 Grad.

Das Reglement erlaubte nur alle zwei Tage einen Spaziergang. Alle, die wir auf demselben Korridor wohnten,

„Ersatz-Kommission Köln (Stadt) II. Nr. 5982. 1246 E. 151 n, 22. Juli 1913. Krebsgasse 1.“

Durch Entscheidung der Ersatzbehörde 3. Instanz vom 14/10. Juli ds. Js. Nr. 1381 II b/M. 6 ist Ihnen die von der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige zu Berlin am 24. Februar 1911 erteilte Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligendienst entzogen und zugleich bestimmt worden, daß Ihre Freanziehung zum zwei bzw. mehrjährigen Militärdienst im ordentlichen Aushebungsbezirk zu erfolgen hat. Sie haben sich daher in der Zeit vom 16. Januar bis 1. Februar nächsten Jahres zur Stammtafel anzumelden. Bgl. Ersatzkommission des Aushebungsbezirks Köln Stadt II, Der Militär- Der Zivil-Vorsitzende: gez. Vachmeister. Name unleserlich.“

Stöder wandte sich an die Ersatzkommission, um nähere Auskunft über die Gründe dieser Maßregel zu erhalten. Nach acht Wochen wurde ihm durch den Polizeikommissär seines Bezirks der mündliche Bescheid gegeben, daß ihm die Militärbehörde wegen seiner Agitation für die sozialdemokratische Partei den Berechtigungschein entzogen habe. Es wurde dabei auf den § 93 der Wehrordnung in Verbindung mit einer Geheimverfügung der zuständigen Ministerialinstanzen vom 21. Mai 1895 hingewiesen.

Der fragliche Paragraph der Wehrordnung berechtigt die Ersatzbehörde zur Einziehung des Berechtigungscheines, wenn der Betreffende bestraft ist oder beim Dienst eintritt nicht mehr über die nötige moralische Qualifikation verfügt. Auf das Ersuchen Stöders, weigerte sich die Kölner Ersatzkommission, die Verfügung des Kriegsministeriums und des Ministeriums des Innern von 1895 näher zu benennen, weil sie geheim sei. Nur ein Unterbeamter gab die Auskunft, daß es sich dabei um die moralische Qualifikation im Hinblick auf die agitatorische Tätigkeit für die Sozialdemokratie handele. Selbstverständlich begnügte sich Stöder mit dieser Auskunft nicht; beschwerdeführend wandte er sich an das Generalkommando und das Oberpräsidium in Koblenz und eruchte um Angabe des Inhalts der fraglichen ministeriellen Verfügung. Nach längerer Zeit bekam er folgende Antwort:

„Der Erlaß des Herrn Kriegsministers und des Herrn Ministers des Innern vom 21. Mai 1895 spricht sich dahin aus, daß derjenige, welcher sich, wie Sie in besonderem Maße in staatsfeindlichem Sinne agitatorisch betätigt, die für den freiwilligen Eintritt ins Heer erforderliche moralische Qualifikation nicht mehr besitzt, und daß ihm daher gemäß § 93 Absatz 2 der Wehrordnung die Berechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst zu entziehen ist.“

Von Seiten des Generalkommandos. Der Chef des Generalstabs: (Unterschrift unleserlich), Oberst. Der Oberpräsident der Rheinprovinz. In Vertretung: gez. Womm.

Damit war die unerhörte Maßregel der Militärbehörde von allen Instanzen befähigt worden! Eine weitere Beschwerde an das Kriegsministerium vom 26. September wurde nicht beantwortet. Nun wird das Kriegsministerium bei den Erörterungen im Reichstage gezwungen werden, sich zu äußern.

Stöder ist, und das gibt dem Fall noch eine besondere Folie, niemals wegen irgend eines Vergehens bestraft worden. Damit wächst der Fall an Bedeutung noch über den bekannten Fall Düweli hinaus, mit dem sich vor zwei Jahren gleichfalls der Reichstag beschäftigte.

Den Scharfmachern zu Willen!

Nach dem „Bayerischen Kurier“ sind die Vorbereitungen zu einem Arbeitswilligenschutzgesetz im Reichsamt des Innern in Gange. Das Organ des bayerischen Zentrums schreibt, es dürfe angenommen werden, daß ein erheblicher Teil der Bundesregierungen im Bundesrat für ein Arbeitswilligenschutzgesetz eintreten wird; Sachfen-

marshierten hinunter in den Hof und „Aufwandeln“ dort unter dem väterlichen Blick des Wärters. Wir mußten mit raschen Schritten im Gänsemarsch, immer mit acht Schritten Abstand von einander, auf Kieswegen um einen Hofplatz herumgehen; aber dieser Morgenpaziergang war doch meine größte Freude.

Vom Untersuchungsrichter erfuhr ich, daß ein anderer meiner Magdeburger Freunde, namens Pantry ebenfalls verhaftet worden war. Ich hatte Ueberlegungen von Geschäftsverträgen, Erfindungspatenten und Waffenbeschlüssen für ihn gemacht, und der Nemste mußte die drei- oder vierhundert Francs, die er im Laufe von zwei Jahren durch mich verdient hatte, teuer bezahlen.

Und Ruffel? keine Silbe von Ruffel. Sicher würde ihn sich der Untersuchungsrichter als Clou auffahren. Und langsam, langsam fing ich an zu fühlen, daß ich verlassen sei, und in meinem verzweifelten Hirn wuchs der Gedanke, zu fliehen, immer mehr. Es gab nur ein Mittel zur Flucht, ein gefährliches allerdings: den Kamin.

Der Kamin, der meine Zelle heizte, mündete oben gewiß an der Brandmauer, er diente für die Zentralheizung des ganzen Hügels; also war er sicherlich innen reichlich weit. Es handelte sich also nur darum, ein Loch in die Mauer zu schlagen und sie mit Krallen und Ellbogen innen bis zum Dach hinauf zu schaffen. Von da wäre es dann wohl leicht, auf ein Nachbardach zu gelangen, in eine Speicherröhre zu schlüpfen und dort eine Gelegenheit abzuwarten, hinunter auf die Straße zu kommen.

Ich war jetzt zu dem Wagnis fest entschlossen. Um das nötige Werkzeug zu bekommen, brauchte ich nur die Züge meiner eichernen Bettstelle abzuschrauben. Ich versuchte gleich, die Schrauben zu lockern; es war harte Arbeit, aber es gelang. Also heute Nacht noch würde ich versuchen, auszubringen. Um zwölf Uhr brachte mir der Aufseher mein Mittagessen. Ich hielt es für gut, die halbe Flasche Bordeaux für den Abend aufzuheben, sie würde mir Kraft geben. Den ganzen Nachmittag verbrachte ich damit, über Gelingen und und Gefahr meines Planes nachzugrübeln. Ich dachte: Wenn ich erst einmal draußen bin, mühte ich mir ein Zimmer, verkaufe meine Wäsche beim Tröbeler, um das Porto für Briefe nach Paris bezahlen zu können, und lege mich dann als krank ins Bett, so daß mein Hauswirt für mich sorgen muß bis Silke aus Paris kommt.

(Fortsetzung folgt.)

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne. (Nachdr. verb.)

8 (Fortsetzung.)

„Kein Tag gleicht dem andern,“ philosophierte ich und dachte an den Empfang von gestern abend. Und dann kam wieder die Nacht und mit ihr meine Träume: Ich war daheim in Paris, bei den Meinen, unter lieben Freunden, ich arbeitete oder ich fuhr auf meinem Rad durch die Wälder — und dann kam das schreckliche Erwachen — im Gefängnis! Nacht für Nacht, acht Jahre lang, hatte ich immer wieder denselben Traum und hatte jeden Morgen immer wieder das selbe furchtbare Erwachen.

Mehrere Tage vergingen, ohne daß mich der Untersuchungsrichter wieder vorlud. Unterdessen hatte ich einen Brief von meiner Schwester aus Paris bekommen, der mir von der Bestürzung berichtete, die meine Verhaftung überall hervorgerufen habe, und von dem Värm, den Pariser und Brüsseler Zeitungen schlugen. Die preussischen Zeitungen dagegen waren voll gehässiger Angriffe gegen mich, die zum Teil aus persönlichem Interesse durch vor-Teusch und seinen ergebenen Sklaven von Rikow lanciert wurden. Aber der Triumph des Teuschs war kurz; kaum ein Jahr später wurde der Mann, der mich in Köln verhaftet hatte, mit samt seinem Freunde von Rikow selber verhaftet und des Meineids und Betrugs angeklagt, selber vor ein Polizeigericht gestellt. Jeder wird sich noch des Skandalprozesses erinnern, der all die schändlichen Mordtaten der damaligen Geheimpolizei Preußens enthüllte.

Mit Freuden hörte ich, daß Mutter und Schwester den Kopf hoch hielten und mutig dem Unglück ins Auge sahen. Sie schickten mir meine Winterkleider, die letzten Pariser Romane, Süßigkeiten — und vor allem die unendlich tröstliche Versicherung, daß meine Sache in besten Händen läge.

Das Leben hier im Leipziger Gefängnis war fast genau das selbe wie in Köln, nur daß meine Zelle hier kalt und klein war, kaum neun Kubikmeter groß.

Die Untersuchung ging vorwärts. Nachdem das Kapitel meines Verhältnisses zu Margot genügend erschöpft war, ging der Untersuchungsrichter zu meinen Beziehungen zu dem Korrespondenten Apfel der Kruppischen Werke über. „Wieder ein Vater mehr!“ dachte ich mir.

Das Reglement erlaubte nur alle zwei Tage einen Spaziergang. Alle, die wir auf demselben Korridor wohnten,

hatte ber... die Reich... Auf in d... Zur... Nach... Schu... jeiner an... gelehrt be... dem Weg... Beo b a... burg ge... solche... durch... haben... die... feststell... airt mi... kalten... zu schä... Dazu... eühlin... viele... gewies... e it d... berfl... rung bo... nen, in... der Wä... Die... das ein... denung... Gehtlic... nur un... sehr sch... wenn e... zianten... bringen... ist der... jehten... ordnung... Seite 3... geändert... In... Gehalts... mer bei... zu ver... den Be... Klaffen... zügen... stimmu... fahen, w... folger... mals e... des Ja... sich bis... mäßig... mäßig... des S... gu ver... geträ... Mahn... Beamt... voran... erhalten... Entsch... von A... nung... für die... Lufte... Sach... Wä... „Die... cine... wie z... Seite... für d... in U... Eifen... arbe... der G... endur... gleit... lag... nstige... Wä... zwei... nach... freie... legu... Auf... wege... R r... s e... Zell... We... bezu... neh... des... der... über... sch... hatte ber... die Reich... Auf in d... Zur... Nach... Schu... jeiner an... gelehrt be... dem Weg... Beo b a... burg ge... solche... durch... haben... die... feststell... airt mi... kalten... zu schä... Dazu... eühlin... viele... gewies... e it d... berfl... rung bo... nen, in... der Wä... Die... das ein... denung... Gehtlic... nur un... sehr sch... wenn e... zianten... bringen... ist der... jehten... ordnung... Seite 3... geändert... In... Gehalts... mer bei... zu ver... den Be... Klaffen... zügen... stimmu... fahen, w... folger... mals e... des Ja... sich bis... mäßig... mäßig... des S... gu ver... geträ... Mahn... Beamt... voran... erhalten... Entsch... von A... nung... für die... Lufte... Sach... Wä... „Die... cine... wie z... Seite... für d... in U... Eifen... arbe... der G... endur... gleit... lag... nstige... Wä... zwei... nach... freie... legu... Auf... wege... R r... s e... Zell... We... bezu... neh... des... der... über... sch...

Eine Genossenschaftsbank in Pforzheim. Der Bürgerausschuß von Pforzheim wird sich in seiner nächsten Sitzung mit der Gründung einer Genossenschaftsbank durch den Haus- und Grundbesitzerverein zu befassen haben. Der Bürgerausschuß wird in der Vorlage gebeten, sich dahin auszusprechen, daß er die Not in der Beschaffung 2. Hypotheken anerkennt und sich auch an dem Unternehmen des Haus- und Grundbesitzervereins zu beteiligen bereit ist, wenn genügende Sicherheit gegen Verluste geboten wird.

Das Pforzheimer Theaterprojekt. In seiner am Montag nachmittags abgehaltenen Sitzung hat sich der Bürgerausschuß von Pforzheim mit dem Bau eines Stadttheaters zu beschäftigen. Nach mehrstündiger Debatte stimmte der Bürgerausschuß der Erstellung eines Theaters mit anschließendem Saal zu. Es wird eine gemischte Kommission gebildet, welche das Programm zu einem allgemeinen deutschen Wettbewerb ausarbeitet. Hierfür sind 3000 M. aus dem Theaterfond zu bewilligen. Das Wettbewerbprogramm ist vor der Verabschiedung dem Bürgerausschuß vorzulegen. Weiterhin wurde beschlossen, der jetzigen Theaterleitung für die Spielzeit 1914/15 einen Sonderzuschuß von 10 000 M. zu geben.

Sewerkchaftliches.

4. Herrsch, 10. Dez. Die angekündigte Einschränkung der Arbeitszeit in der Textilindustrie beginnt mit dem 8. Jan. 1914. Wie durch Anschlag an den Fabriken des vorderen Wiesentals bekannt gegeben wird, ruht bis auf weiteres in den Baumwollwebereien der Betrieb an jedem Samstag. Für den hierdurch entstehenden Lohnausfall erhalten die Arbeiter eine Vergütung und zwar Verheiratete 1,50 M., Ledige 1 M. und Leute unter 16 Jahren 50 Pf. pro Tag.

5. ordentliche Generalversammlung des Verbandes des süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals.

Dritter Verhandlungstag.

H. Lubwigschafen a. Rh., 9. Dez.

Am heutigen letzten Verhandlungstage befaßt sich die Generalversammlung zunächst mit der Beratung der vorliegenden Entwürfe. Ein Teil derselben wird durch Überlegung zur Tagesordnung erledigt, während andere dem Hauptvorstand überwiegen werden. Annahme findet ein Antrag München, durch den der Hauptvorstand beauftragt wird, der nächsten ordentlichen Generalversammlung eine Vorlage vorzulegen, die einen weiteren Ausbau der Unterstützungsmaßnahmen bei gleichzeitiger Erhöhung der Beiträge vorsieht. Eine längere Debatte ruft ein Antrag hervor, daß die Verwaltung des Verbandes aus einem engeren und einem erweiterten Vorstand bestehen soll, wobei letzterer bei allen wichtigen, die Organisation betreffenden Fragen zusammenzutreten soll. Dem erweiterten Vorstand soll je ein von den einzelnen Gauen gewähltes Mitglied angehören. Der Antrag gelangt fast einstimmig zur Annahme.

Darauf wird von Hermann H. Nürnberg ein Referat über die Augenoffensivitäten erstattet, das in der Forderung an die Mitglieder gipfelt, sich an der Mitarbeit in den Augenoffensivitäten zu beteiligen, damit die Mitglieder gesunde und billige Wohnungen erhalten. Da das Referat nach einem Beschluß der Generalversammlung in der Verbandzeitung veröffentlicht werden soll, kann von einer eingehenderen Berichterstattung darüber Abstand genommen werden.

Es folgen die Wahlen. In den Hauptvorstand werden wiedergewählt: Hermann Nürnberg als Vorsitzender, Müller-Nürnberg als Hauptkassierer und neugewählt: Keller-Nürnberg als Schriftführer. Das Amt als Vorsitzender des Verbandsausschusses wird wieder Funk-Kalen übertragen. Als nicht angestellte Bezirksleiter werden wiedergewählt Baum-Lubwigschafen für die Pfalz und Ernst-Schillingen für Württemberg. Ferner wird die Wahl der einzelnen Bezirke im erweiterten Hauptvorstand vorgenommen. Ein Antrag, für den Bezirk Nordbayern einen Gauleiter im Nebenamt anzustellen, wird nach längerer Aussprache zur weiteren Beratung und Beschlußfassung einer gemeinsamen mit dem Hauptvorstand abzuhaltenden Konferenz der Ortsverwaltung von Nordbayern überwiesen. Die nächste ordentliche Generalversammlung findet in München statt.

Nachdem der Verhandlungsleiter Lieb-Lubwigschafen in seiner Schlussrede kurz das Resümee der Verhandlungen gezogen wird, nach den üblichen Dankesworten der Verbandstag mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals geschlossen.

Außerordentlicher Verbandstag der Bauarbeiter.

Zweiter Verhandlungstag.

Am zweiten Tage wurde die Einzelberatung der Bestimmungen für die Arbeitslosenunterstützung vorgenommen. Ueber die Festsetzung der Karenzzeit entspann sich eine Spezialdebatte. Nach der Vorlage soll für die ersten sechs Werktage der Arbeitslosigkeit Unterstützung nicht gezahlt werden. Auf diese Wartezeit sollen einzelne nicht im Zusammenhang stehende Tage der Arbeitslosigkeit nicht angerechnet werden. Ein Antrag Würzburg verlangte Streichung des letzten Satzes. Andere Anträge wünschten anstatt einer sechstägigen Wartezeit nur eine solche von drei Tagen. Alle Anträge wurden jedoch abgelehnt, es bleibt bei der VorstandsVorlage.

Ueber den Beginn der Unterstützung entspann sich nochmals eine lebhafte Erörterung. Bei der Abstimmung votierten für den 1. Juli 1914 ungefähr 50 Delegierte, dieser Antrag ist also abgelehnt. Für den 1. Mai stimmten in namentlicher Abstimmung 105, dagegen 158 Delegierte. (Bei einer vorherigen Abstimmung durch Handaufheben schien es, als ob die Mehrheit für den 1. Mai gestimmt hätte.) Der 1. Mai als Termin war also abgelehnt, was eine große Erregung verursachte. W. n. n. beantragte nun, die Debatte über diese Frage wieder zu eröffnen. Er plädierte nun für den 1. April. Für diesen Vorschlag stimmten 168 Delegierte, also die Majorität. Die Arbeitslosenunterstützung tritt also mit dem 1. April 1914 in Kraft.

Der Verbandstag legte nun die Beiträge fest. Nach der Vorlage wurde beschlossen, daß die bisherigen Beiträge von 40 bis 90 Pf. pro Woche von 1 an die Hauptkasse abgeführt werden müssen. Die Filialen, denen bisher 20 Prozent der Beiträge für die Verwaltung usw. verbleiben, müssen nun einen Aufschlagsbeitrag von nicht weniger als 20 Prozent in den drei untersten Beitragsklassen und mindestens 20 Prozent der Verbandbeiträge in den drei obersten Klassen erheben. Die Beiträge werden für 44 Wochen (bisher 40) erhoben.

Es wurden nun die einzelnen statistischen Bestimmungen für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung festgesetzt. Nach fünfjähriger ununterbrochener Mitgliedschaft und Leistung von mindestens 44 Wochenbeiträgen können die Mitglieder im Falle der Krankheit oder Arbeitslosigkeit vom Verbande unterstützt werden. Arbeitslosenunterstützung kann den Mitgliedern am Wohnorte (Sitz des Zweigvereins) und auf der Reise gewährt werden. Krankenunterstützung wird im Verlauf eines Jahres

bis zur Höchstdauer von 12 Wochen (für 72 Tage) gezahlt. Die Arbeitslosenunterstützung am Orte wird im Verlaufe eines Jahres bis zur Höchstdauer von 8 Wochen (für 48 Tage) gezahlt. Es ist gleich, ob die Erwerbslosigkeit in einem Zuge fortbauert oder ob sie durch zeitweilige Erwerbsfähigkeit unterbrochen wird. Das Jahr beginnt mit dem ersten Unterstühtungstage und endet mit der 52. Woche danach.

Mit dem Ablauf der Unterstützung innerhalb der 52 Wochen beginnt ein neues Wartejahr von 52 Wochen. Liegen der Gesamtdauer der Unterstützung mehrere Unterstühtungsfälle zu Grunde, so werden alle Unterstühtungstage und -wochen als zusammenhängend vom ersten Unterstühtungstage gezählt, und dann läuft vom Schlußtage an das neue Wartejahr. In diesem Wartejahr muß das Mitglied mindestens 44 Wochen lang erwerbsfähig gewesen sein und für diese Zeit Beiträge gezahlt haben.

Krankenunterstützungen und Arbeitslosenunterstützungen (am Orte und auf der Reise), die in einen Zeitraum von 52 Wochen fallen, werden gegeneinander aufgerechnet. Alle Unterstühtungen zusammen dürfen nicht höher sein als die für das betreffende Mitglied in Betracht kommende Arbeitslosenunterstützung.

Die Festsetzung einer Karenzzeit bei wiederholter Arbeitslosigkeit innerhalb 52 Wochen hat der Berliner Verbandstag, entgegen der Kommissionsvorlage, abgelehnt. Der Verbandsvorstand hat dringend, eine derartige Karenzzeit nach einigen Wochen erneuter Beschäftigung festzusetzen und wurden auch derartige Anträge gestellt. Nach längerem Auseinander-

setzungen beschloß der Verbandstag mit 118 gegen 118 Stimmen, daß bei einer Unterbrechung der Unterstühtungsperiode durch mehr als 24 Arbeitstage eine Karenzzeit von drei Tagen durchzumachen ist.

Die Unterstühtungssätze wurden nach einem neuen Antrag des Vorstandes beschlossen. Die Krankenunterstützung wurde aus rechnerischen Gründen in einigen Klassen um 5 Pf. und um 10 Pf. erhöht. Die Arbeitslosenunterstützung ist in allen Klassen um die Hälfte höher als die Krankenunterstützung. Die Krankenunterstützung beträgt wie bisher 1 M. pro Tag. Die Gesamtsumme der in 52 aufeinanderfolgenden Wochen zu erhebenden Krankenunterstützung (inkl. Aufenthaltunterstützung) beträgt nach einer Mitgliedschaftsdauer von 1 Jahr (44 Beiträge) 18 M., 2 Jahren 22 M., vier Jahren 30 M., 6 Jahren 40 M., 8 Jahren (368 Beiträge) 50 M. Mit Ablauf der Unterstützung, spätestens nach 60 Wochen vom ersten Unterstühtungstage an, beginnt ein neues Wartejahr von 52 Wochen und 44 Beiträgen.

Der Verbandstag beriet nun die Anträge unter „Verschiedenes“. Der Verbandstag beantragte eine Ergänzung der statistischen Bestimmungen über die Beitragsbefreiung, der zugestimmt wurde. Sie geht dahin, daß jede Beitragsleistung für kranke und arbeitslose Mitglieder ruht, wenn sie noch nicht unterstühtungsberichtig oder wenn sie ausgeteuert sind. Die Beitragsbefreiung in den genannten Fällen ist zwingendes Recht. Während der Beitragsfreien Zeit sind Freimarken zu Heben. Diese werden bei der Feststellung der Mitgliedschaftsdauer und Beitragsleistung nicht mitgerechnet.

Die Krankenkassen-Wahlen in Karlsruhe.

Wer ist bei den Krankenkassenwahlen wahlberechtigt?

1. Grundsätzlich sind alle diejenigen wahlberechtigt, die am Wahltag Mitglieder der Kasse oder beteiligte Arbeitgeber sind, oder sein würden, wenn die Kasse an diesem Tage ins Leben getreten wäre.

2. Auch wer keinen Wahlausweis hat, muß zugelassen werden, wenn er sein Wahlrecht in einer alle Mitglieder des Wahlauschusses überzeugenden Weise darlegt.

3. Aktiengesellschaften und eingetragene Genossenschaften werden durch ein Vorstandsmitglied vertreten, Gesellschaften m. b. H. durch einen Geschäftsführer. (Gesellschafts-Direktoren, die nicht dem Vorstand angehören, begleitigen Profuturisten, können das Wahlrecht nicht ausüben.)

Unständige.

4. Unständige sind nur dann wahlberechtigt, wenn sie schon bisher auf Grund statistischer Bestimmungen Krankenversicherungsspflichtig waren. (Dies war bisher hier nicht der Fall.)

Bisher schon freiwillig Versicherte.

5. Ebenso sind auch nur die bisher schon freiwillig versicherten Personen wahlberechtigt.

Hausgewerbetreibende.

6. Hausgewerbetreibende werden nicht zur Wahl zugelassen, da am Wahltag nicht feststeht, ob sie sich am 1. Januar anmelden.

Mitglieder von Hilfskassen.

7. Mitglieder von Hilfskassen im Sinne des § 75 A.B.G. werden zur Wahl zugelassen, da nicht feststeht, ob ihre Kasse als Ersatzkasse künftig fortbesteht und ob sie, selbst wenn dies der Fall sein sollte, Antrag auf Rühen ihrer Rechte und Pflichten stellen.

Arbeitgeber als Versicherte.

8. Versicherte, welche selbst Arbeitgeber sind, sind als Arbeitgeber zu betrachten, wenn sie regelmäßig mehr als zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, andernfalls zählen sie zu den Arbeitnehmern.

9. Alle bisher in einer Betriebskrankenkasse beschäftigten 21 Jahre alten Personen, sofern diese Betriebskrankenkasse sich am 1. Januar auflöst.

Es kommen hier in Karlsruhe einige Hundert Schneider in Betracht, die einer Hilfskasse angehören; diese dürfen alle wählen, soweit sie versicherungspflichtig sind. Diese Personen müssen sich

persönlich bei der Kasse ihren Wahlausweis abholen.

Wenn auch bestimmt ist, daß solche Personen, die keinen Wahlausweis besitzen, zur Wahl zugelassen sind, sofern sie in einer alle Mitglieder des Wahlauschusses überzeugenden Weise nachweisen, daß sie wahlberechtigt sind, so bitten wir doch dringend, daß sich alle Wahlberechtigten umgehend in den Besitz eines Wahlausweises setzen.

Zur Ortskrankenkassenwahl.

Die Sozialdemokraten verlangten die Streichung der Bestimmung, daß das Krankengeld gekürzt werden kann, wenn der Kranke mehreren Versicherungen angehört und aus diesen zusammen mehr als den vollen Betrag seines Arbeitsverdienstes erhält. Abgelehnt von den Kompromissparteien. Hierauf beantragten die Sozialdemokraten, daß wenigstens das Krankengeld nicht mitgerechnet wird, auf das der

Kranke keinen Rechtsanspruch hat. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme der Polen und des Zentrums. Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Kasse wenigstens die Befugnis zustehen soll, das Krankengeld nicht nur bis auf drei Viertel, sondern bis auf den vollen Betrag des Grundlohnes zu erhöhen. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokraten beantragten, daß es der Krankenkasse wenigstens freigestellt werde, durch Statut das Krankengeld unter allen Umständen bereits vom ersten Tage der Erwerbsunfähigkeit zu gewähren, und nicht nur bei solchen Krankheitsfällen die länger als eine Woche dauern, zum Tode führen oder durch Betriebsunfall verursacht worden sind. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.

Kranken, die sich ihre Krankheit durch eigene Schuld zugezogen haben, kann in gewissen Fällen nach dem Gesetz das Krankengeld ganz oder teilweise verweigert werden. Die Sozialdemokraten beantragten, daß dann wenn diese Kranken Angehörige haben, deren Unterhalt sie ganz oder überwiegend befrachten haben, diesen Angehörigen das Krankengeld ausbezahlt werden muß. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien, mit Ausnahme des Abgeordneten Neumann-Hofer.

Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung der Bestimmung, daß die Krankenkasse zur Festsetzung eines Höchstbetrages für kleinere Heilmittel und zu einem Zuschuß zu kleineren Heilmitteln die Zustimmung des Oberversicherungsamtes haben muß. Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Die Wöchnerinnenhilfe besteht nach dem Gesetz nur in einer einzigen obligatorischen Leistung, nämlich wie bisher in einem Wochenlohn. Die übrigen Leistungen, das Schwangerengeld, die Gewährung der Hebammenhilfe und ärztlichen Behandlung sowie das Stillgeld und Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim ist in das Verzeichnis der Kasse gestellt. Die Sozialdemokraten verlangten, daß auch die letzteren Leistungen der Kasse als Pflichtleistungen aufgeführt werden und erweitert würden. Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Polen, des Freisinnigen Trägers und des Räten Kampfen. Der Abstimmung enthielten sich die freisinnigen Abg. Dr. Raumann und Neumann-Hofer.

Die Sozialdemokraten verlangten: Auf Antrag der Wöchnerin oder deren Ehemannes hat die Kasse eine Hauspflegerin für die Zeit oder einen Teil derselben zu stellen, in der sie Schwangeren- und Wochenlohn zahlt. Abgelehnt von den Kompromissparteien.

Also hat die fromme Partei, das Zentrum, und die gut christlichen Arbeiterführer, die in der Zentrumskaktion sitzen, einen besseren Mutterchutz abgelehnt. Ja, ja: Laßt die Kinder zu mir kommen usw., findet bei unseren heutigen Vorkontingen keine Beachtung mehr.

Aus der Partei.

7. Lab. Reichstagswahlkreis. Auf die am Sonntag den 14. Dezember nachmittags 2 Uhr im „Anker“ in Offenburger stattfindende Kreisversammlung sei auch an dieser Stelle hingewiesen. Es wird erwartet, daß mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung — u. a. Stellungnahme zur Reichstagswahl — sämtliche Vereine Delegierte entsenden. Auch die Vertrauensleute der einzelnen Orte mögen zahlreich erscheinen.

Gernsbach, 10. Dez. Soziald. Verein. Es wird an dieser Stelle nochmals auf die am Samstag den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Parteilokal stattfindenden Mitgliederversammlung hingewiesen. Da in genannter Versammlung die Listen für die Vertreter zu den Krankenkassenwahlen fertiggestellt werden müssen, ist es Pflicht eines jeden Genossen, sich pünktlich einzufinden. Auch die Genossen von Hördern und der Umgebung sind freundlich eingeladen.

Brechenweg. Zu einem Monat Gefängnis verurteilte das Altenburger Schöffengericht den Redakteur der „Altenburger Volkszeitung“, Genossen Hermann Müller, wegen Beleidigung des Redakteurs Winkler. Der Kläger hatte in einem „unparteiischen“ Blatt behauptet, daß der verlorbene Genosse Buchwald von der Reichstagskandidatur verdrängt worden sei. Die „Altenburger Volkszeitung“ wies nach, daß diese Behauptung erfunden war. In der Kritik, die dem gegnerischen Blatt gewidmet war, erwiderte das Gericht den Tatbestand der Beleidigung des Redakteurs.

Brechenweg. Der verantwortliche Redakteur der „Schleswig-Holst. Volksztg.“ in Kiel, Genosse König, soll 50 M. Strafe zahlen, weil in der „Volkszeitung“ ein Tischlermeister, der auf Menschen geschossen hatte, als „Revolverheld“ bezeichnet worden war. In der Begründung des schöffengerichtlichen Urteils wird gesagt, daß ein allgemeines Recht für die Presse, Mißstände zu kritisieren, nicht bestehe, auch wenn die Gründe noch so lauter sind und die Mißstände in der geschichtlichen

Seite 4.



Karlsruhe

sofern

Abrechnung

den Weife bestehen. Deshalb finde der § 103 keine Anwendung. Der Ausdruck „Revolberfeld“ sei ein Schimpfwort und eine Verleumdung. Während käme für König jedoch in Betracht, daß er während der Reichstagsarbeiten in einem Sonntagvormittag drauf losgeschossen und Menschen gefährdet hat. Dazu war er nicht berechtigt. — Neben der Pressefreiheit steht der Wahlen!

Aus dem Lande.

Ettingen.

In einer öffentlichen Versammlung im Traut-Saal spricht am nächsten Sonntag mittags 3 Uhr Gen. Reichstagsabg. Dr. C u e s s e l, Darmstadt über „Militarismus und Volk“. Die Besonnen mögen jetzt schon für einen zahlreichen Besuch des Vortrages besorgt sein.

Offenburg.

Aus der Stadtratssitzung vom 4. Dezember. Die Bezirks-einteilung für die bevorstehende Reichstagswahl liegt im Entwurf vor; dieselbe ist mit geringer Aenderung die gleiche wie bei der Landtagswahl und wird genehmigt. — Infolge einer Anfrage von auswärts ist die Angelegenheit wegen Eröffnung eines Postfachlokals für die Stadtasse neuerdings gerührt und die Einführung dieser Einrichtung als wünschenswert bezeichnet worden. Der Stadtrat beschließt, den erforderlichen Antrag zu stellen. — Der katholische Stiftungsrat der Gesamtkirchengemeinde hat sich bereit erklärt, zu den Kosten einer Turmuhr auf der Döhlstraße 1200 Mk. beizutragen. Der Stadtrat genehmigt im Prinzip die Anbringung der Uhr, behält sich jedoch mit Rücksicht darauf, daß nur ein Angebot vorliegt, vor, noch ein weiteres Angebot zu erheben und hinsichtlich der Kostendeckung später Stellung zu nehmen. — Nachdem Herr Weilermeister sich bereit erklärt hat, vom 1. ds. Mts. ab die fürs Krankenhaus erforderliche Milch zum Preise von 20 Pf. pro Liter zu liefern in der Unterstellung, daß ihm die Lieferung in Berücksichtigung seiner Vertragsverpflichtung gegenüber seinen Lieferanten noch bis zum 1. Mai f. Js. belassen wird, beschließt der Stadtrat, hierauf einzugehen und den beabsichtigten Beschluß in der Milchlieferung fürs Krankenhaus erst auf 1. Mai f. J. einzutreten zu lassen. — Aus der Mitte des Kollegiums ist angeregt worden, nach dem Vorbilde anderer Städte im Interesse der Schnafenbekämpfung das Jagen von Freiden allgemein zu verbieten. Der Stadtrat beschließt, sich über den Erfolg dieser Maßnahme bei anderen Städten zu erkundigen.

Die Nikolausfeier des Arbeitervereins „Freiheit“ am letzten Sonntag gestaltete sich zu einem schönen familiären Vereinsabend. Der Besuch hatte allerdings von Seiten der Partei- und Gewerkschaftsmitglieder noch ein besseres sein dürfen. Schon um deswillen, da doch der Chor zu jeder Zeit bereit ist, die Arbeiterfeier durch sein Lied verschönern zu helfen. Jeder zielbewußte Arbeiter sollte daher immer bestrebt sein, dem Verein neue Mitglieder und Sänger zuzuführen. Der Verein ist durch die bewährte und tüchtige Leitung des Herrn Direktors u. h. stets besetzt, Schönes und Künstlerisches zu bieten. Seine gesanglichen Leistungen waren auch am Sonntag wieder nur gute zu nennen. Das Theaterstück „Einer muß herunter“ wurde von allen Mitwirkenden gut aufgeführt. Nicht minder gut gelungen waren die ernsten und heiteren Vorträge. Auch zwei junge Klavier- und Violinkünstler boten ihr Bestes. Der Männerchor fand mit seinen beiden Programmnummern lebhaften Beifall. Man kann nur wünschen, daß der „Freiheit“ bei ihrer nächsten Unterhaltung ein volles Haus besetzt sein möge. Allen Mitwirkenden, insbesondere dem unermüdeten Kassier H o t e h, der infolge Erkrankung des Vorstandes das ganze Fest zu leiten hatte, sei auch an dieser Stelle der Dank ausgesprochen.

Freischußwettbewerb. Das Schweinefleisch kostete vom 15. Dez. ab 90 und 95 Pf. Wo bleiben die anderen Sorten? L. Ertrunken ist Dienstag mittags das 4jährige Söhnchen des Feilenbauers M e d i n g e r. Das Kind spielte am Mühlkanal beim städtischen Pumpwerk und fiel in einem unbewachten Augenblick in den Kanal. Der Kleine konnte erst bei der Eisenbahnbrücke aus den Fluten geholt werden. L. Kartoffelmehl. Ein großer Teil des Publikums weiß nicht, daß man aus Kartoffelmehl außer Brei auch noch Honigwurst macht; eine Verhandlung vor dem Schöffengericht bewies jedoch, daß dieses Mittel vielfach zu Würstchen verwendet wird. Regiermeister B i e h l e r wurde deswegen zu einer Geldstrafe von 30 Mk. verurteilt. Das Kartoffelmehl dient nach Ansicht der Regier nur als Bindemittel; in der beanstandeten Wurst waren aber etwa 4 Prozent dieses Mittels.

Rekrutenführer. Die „Volkstimme“ druckte unlängst den Brief eines Soldaten der dritten Kompanie des Mannheimer Grenadierregiments (Nr. 100) ab, der von Schikanen handelte, mit denen ein Unteroffizier dieser Kompanie die Rekruten quälte. Wenn in der Instruktionstunde einige der Rekruten die Namen der Vorgesetzten nicht herbringen konnten, wurden die Namen der Rekruten und die Leute mußten eine volle Bierstunde auf einem Stuhl sitzen. In der Pflichtenstunde mußte in Anbeuge der Scheitel nach hinten vornwärts gestreckt werden, dann alles unter die Betteln kriechen, nach Zählen auf den Spinn klettern. Dabei wurde ein Soldat dienstunfähig. Ein Rekrut mußte, weil er in der Front gelacht hatte, mit dem Gewehr um die Abteilung herumtrinken. Am 20. November mußte eine Abteilung mit der Sahnbüchse die ganze Unteroffiziersstube ausfüllen und dann mit dem Schlüssel die Waschküchle füllen. — Die Aufforderung der „Volkstimme“ an den Kompaniechef, nach dem Rechten zu sehen, tat ihre Wirkung. Der Unteroffizier wurde in Untersuchungshaft genommen und am Freitag fand ein Regimentsappell statt, bei welchem der Oberst eine Ansprache hielt, in welcher er eine strenge Untersuchung in Aussicht stellte. Damit wird wenig erreicht werden. Andere Verhältnisse werden erst eintreten, wenn die notorischen Leute wieder rücksichtslos ins Gefängnis geworfen werden. Die gegenwärtige Praxis der Kriegsgerichte ist auf keinen Fall angetan, eine Besserung herbeizuführen; die „Urteile“ gleichen mehr Prämien denn Strafen.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 11. Dezember. Jugendausflug. Heute Abend findet im Nebenzimmer „Zur Wacht am Rhein“ Übungsabend für Kinder statt, wobei Herr Bergmann in freundlicher Weise die Leitung übernommen hat. — In Mühlburg ist im oberen Nebenzimmer „Zum Hirsch“ Spiel- und Lesabend. Am kommenden Sonntag den 14. Dezember findet nachmittags 4 Uhr in der Gewerkschaftszentrale die diesjährige Weihnachtsfeier statt. Zur Milchpreisfrage schreibt uns ein Milchhändler: 3 mdesjährigen Frühjahr fand im „Goldenen Adler“ eine gemeinsame Berwahrung

der Milchhändler und Milchlieferanten statt, in der über die Regelung des Milchpreises gesprochen wurde. Sowohl von Seiten der Händler wie auch der Produzenten wurde damals schon angeregt, den Milchpreis herabzusetzen. Nach längerer Aussprache kam man aber in jener Versammlung zu dem Beschlusse, wegen der hohen Produktionskosten, sowie der hohen Viehpreise von einem Preisabschlag abzusehen. Die Händler stimmten diesem Beschlusse auch zu, da damals noch nicht vorzuzusehen war, wie sich die Futterverhältnisse gestalten würden. Im Laufe des Sommers schon und nun noch mehr im Spätherbst trat hauptsächlich infolge des großen Futterertragnisses eine starke Ueberproduktion Milch ein, sodaß viele Angebote von Lieferanten vorlagen, die zumteil recht niedriger waren. Die Folge war, daß die Preise herabgingen. Anstatt nun wieder gemeinsam zu beraten, beschloßen die Milchproduzentengenossenschaft und die Milchzentrale eigenmächtig vorzugehen, sie setzten dann den Milchpreis, wie bekannt gegeben fest. Die Milchhändler verständigte man nicht, wahrscheinlich weil man befürchtete, diese würden für eine weitere Herabsetzung des Milchpreises eintreten. Eine allgemeine Lieferanten- und Händlerversammlung wäre jedoch gerade dieses Mal sehr am Platze gewesen. Die Milchhändler gingen nun ihrerseits, als ihnen das Vorgehen der Zentrale bekannt wurde, allein vor, sie beschloßen in ihrer Versammlung einen Beschlag von 2 Pf. für die Stadt und 1 Pf. für außerhalb. Der Beschlag wurde gegen ganz wenige Stimmen gefaßt. Da die Produzenten mit Gegenmaßnahmen drohen (Spernung der Milchzufuhr etc.) so wurden von den beiden Korporationen (Milchhändlervereinigung und Einkaufs- und Absatzgenossenschaft) Maßnahmen getroffen, damit die Einwohner nicht ihre Milch erhält, wenn von jener Seite Maßnahmen ergriffen würden. Außerdem wird bei dem gegenwärtigen Milchüberfluß kein Milchlieferant seine gesamte Milch zurückhalten können. Die Milchhändler traten auch deshalb für einen Abschlag von 2 Pf. ein, weil bisher der Aufschlag auch immer 2 Pf. betragen hatte.

Soweit die Zustift des Milchhändlers. Aus derselben geht ein Mal hervor, daß im Frühjahr schon erwogen wurde, mit dem Preis abzuschlagen, daß man aber, trotzdem damals die Milchproduktion schon so reichlich war, daß ein Abschlag gerechtfertigt schien, die Bevölkerung das ganze Jahr über den hohen Preis zahlen ließ. Und weiter geht daraus hervor, wie machlos die Konsumenten sind, wenn sie sich, wie es hier der Fall ist, nicht im Geringsten um diese Frage kümmern sie ist auf Gnade und Ungnade dem Gutdünken der Produzenten und Lieferanten ausgeliefert. Wäre eine Stelle vorhanden, die die Aufgabe hat, die Lage und Verhältnisse auf dem Milchmarkt zu verfolgen und zu prüfen, so wäre die Möglichkeit gegeben, daß auch die Konsumenten zur gegebenen Zeit ein Wortchen mitreden. Man nimmt jetzt den Beschlag ruhig hin, und wenn der Aufschlag wieder kommt, dann schimpft man. Damit ist aber nicht getan.

Parteiversammlung. Die gestern Abend in „Auerhahn“ stattgefundene Parteiverammlung war nicht sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung standen 3 Punkte, wovon die beiden ersten rasch erledigt waren. Gen. Krüger gab die Abrechnung über die Landtagswahlen in den 4 städtischen Kreisen, es wurde ihm für die saubere und spezialisierte Arbeit nicht nur Entlastung erteilt, sondern die Versammlung sprach ihm auch allgemeine Anerkennung aus für die Mühe und Arbeit, die Gen. Krüger auf so vorzügliche Weise in seiner Tätigkeit als Hauptkassier noch erbracht hatte. Gen. Eigner dankt auch weiter allen denen, die bei den Landtagswahlen der Partei sich zur Verfügung gestellt hatten. — Der zweite Punkt betraf 2 Erziehungsmahlen. Gen. Dietrich hatte sein Amt als Vorstandsmittglied niedergelegt, an seiner Stelle wurde einstimmig Gen. Höhn in den Vorstand gewählt. — Da Gen. Hugo Braun als Arbeitersekretär nach Hildesheim gewählt worden ist, machte sich auch eine Neuwahl eines Mitglieds für die Prekommission nötig. Auch hier erfolgte einstimmig die Wahl des Gen. S c h w e r d t. Als dritter und letzter Punkt folgte ein Vortrag von Gen. Dr. K u l l m a n n über „Sozialdemokratie und Kirche“. Wir werden über den Vortrag sowie die anschließende Diskussion morgen berichten.

Jugendchriftenabend. Wir machen unsere Leser nochmals auf den am Freitag Abend im großen Rathsaal (8½ Uhr) stattfindenden Jugendchriftenabend des Deutschen Sprachvereins aufmerksam. Der Eintritt ist frei. Kinder haben nur in Begleitung Erwachsener Zutritt. Eine große Schlägerei entstand in verfloßener Nacht gegen 12½ Uhr unter den Gästen einer Wirtschaft in der Balhornstraße. Der Wirt, sowie ein Zimmermann aus Speyer, welche verurteilt, die Ordnung in der Wirtschaft wieder herzustellen, wurden durch Wirtse mit Biergläsern und Stühlen an den Köpfen erheblich verletzt, worauf der Wirt drei scharfe Schüsse aus einem Revolver abfeuerte, ohne jedoch jemanden zu verletzen. Erst durch das Einschreiten der Schutzmannschaft konnte die Ruhe in der Wirtschaft wieder hergestellt werden.

Letzte Nachrichten.

Zum Zaberner Standal. Straßburg i. G., 10. Dez. Von der Behandlung der Zaberner Angelegenheit in der gestrigen Reichstagsitzung ist man hier wenig befriedigt. Der Vorstand der Lothringer Fortschritts-Partei hat eine Resolution angenommen, die die Zaberner Affäre wegen der schweren Verletzungen des Rechts und der dabei zutage getretenen Unmacht der Regierung bedauert und ihre Abgeordneten beauftragt, im Landtage Protest einzulegen.

Der Bursche des Herrn v. Reutter. Straßburg, 10. Dez. Wie seiner Zeit gemeldet wurde, verstand plötzlich der Bursche des Obersten v. Reutter, Musketier Ficht, ohne daß selbst seiner Mutter über den Grund des Verstandens Auskunft gegeben wurde. Die „Bürgerzeitung“ teilt nunmehr mit, daß Ficht vorgestern von einem Standgericht in Zabern abgerichtet wurde. Er hatte in einem Zaberner Geschäft seiner Privatmeinung über den Fall Fortiner Ausdruck gegeben, wurde denunziert und ist jetzt a u f 1 1 W o c h e n A r r e s t verurteilt worden.

Zwei Wochen für die erstere Untersuchungshaft werden angerechnet.

Arbeitslosenborlage. München, 10. Dez. Die Regierung hat heute im Landtag eine Borlage eingebracht, die 75 000 Mk. für Zuschüsse an diejenigen Gemeinden fordert, die die Arbeitslosenversicherung einführen.

Aus der Wahlprüfungskommission. Berlin, 10. Dez. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Prüfung der Wahl des Abg. von Liebert (Rp.) (Saachsen 14 Borna) und beschloß die Wahl für ungültig zu erklären.

Landtagswahlen in Neuch. Gera (Neuch), 10. Dez. Bei den Landtagswahlen im Fürstentum wurden gewählt zehn bürgerliche Abgeordnete und ein Sozialdemokrat. In Stadtwahlen sind zwei zwischen Bürgerlichen und vier zwischen Bürgerlichen und Sozialdemokraten notwendig.

Lohnbewegung der Buchdrucker. Triest, 10. Dez. Im Zusammenhang mit der Lohnbewegung des Druckereipersonals in ganz Oesterreich ist auch in der Mehrzahl der hiesigen Buchdruckereien mit entsprechenden Requisitionen begonnen worden.

Die bulgarischen Wahlen. Sofia, 10. Dez. Trotz des totalen Mißerfolges der Radikalen ist es dem Kabinett Radoslawow nicht gelungen bei den Sobranjerwahlen die Mehrheit zu erlangen. Von den 213 Mandaten der Sobranje entfallen nach dem gestern bekannt gegebenen offiziellen Wahlergebnis auf die Regierungspartei 95 Mandate, sodas also 12 Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlen. Die Agrarier haben 37, die beiden Richtungen der Sozialisten 47, die von Malinow geführten Demokraten 14, die Radikalen 5, die Nationalpartei, die Danewski-Partei ein Mandat. Danew selbst ist nämlich in Wraga gewählt. Eine Ministerkrise scheint vorläufig abwendbar.

Verfassung für Neusehrien. Belgrad 10. Dez. Das Regierungsblatt rechtfertigt die Vorenthaltung politischer Rechte an Neu-Serbien in der ihm jetzt gewährten Verfassung. Das Blatt sagt, daß die Bevölkerung der neuen Landessteile notorisch für ein Regime mit voller politischer Freiheit noch nicht reif sei. Das dringende Bedürfnis für Neu-Serbien sei Sicherheit der Person und des Eigentums und diese werden von der neuen Verfassung vollkommen garantiert.

Zur Lage in Mexiko. New-York, 10. Dez. Der mexikanische Kongreß annullierte die Präsidentenwahl und setzte die Neuwahlen für den 6. Juli 1914 an. Huerta wurde zum provisorischen Präsidenten bis zu diesem Zeitpunkt erklärt.

Wasserstand des Rheins. 11. Dezember. Schusterinsel 2.02 m, gef. 9 cm, Rehl 2.80 m, gef. 9 cm, Maxau 4.49 m, gef. 14 cm, Mannheim 3.87 m, gef. 18 cm.

Vereinsanzeiger. Karlsruhe. (Deutscher Metallarbeiterverband — Bauhilfswerk.) Freitag, 12. Dezember, abends 8 Uhr, in der „Fortuna“ Branchensammlung mit wichtiger Tagesordnung. 5847

Bekanntmachung. Beim städtischen Arbeitsamt Karlsruhe ist die Stelle eines Vermittlungsbeamten der Sachabteilung für das Wirtschaftsgewerbe sofort zu besetzen. Verlangt wird Erfahrung und längere Tätigkeit im Wirtschaftsgewerbe, wozu auch die Führung einer Vermittlungsstelle für das Wirtschaftsgewerbe gerechnet wird. Nach befriedigendem Ablauf einer einjährigen Probezeit wird etatsmäßige Anstellung nach Maßgabe der Dienste und Gehaltsordnung für die städtischen Beamten in Aussicht gestellt. Bewerbungen sind unter Angabe der Gehaltsansprüche und unter Anfügung eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes und der Zeugnisse binnen 14 Tagen beim städtischen Arbeitsamt Karlsruhe einzureichen. 5838 Karlsruhe, den 8. Dezember 1913. Der Stadtrat. Dr. G o r t m a n n. Meiber.

Gebrauchte Musikinstrumente
Grammophone
Zithern
Violinen
Wandolinen
Klarinetten
Harmonika
Bandonium
Wech-Instrumente
sind billig zu verkaufen
An- und Verkaufsgeschäft
Levy
22 Marktgrafenstr. 22.

4800
Gas-Lampen
Stauend billig
Extra-Verkauf
Beachten Sie meine
5 Schaufenster.
Leon Kahn
Kreuzstr. 3.

Als praktische
Weihnachts-Geschenke
empfiehlt
Zigarren
in 50 Stück- u. 100 Stück-
Packung
in billigen und höheren
Preislagen
sowie saub. Aufmachung
5846 die
Zigarren-Fabrik
Carl Wenner, Aug.

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar
einendet, fertige schöne Zöpfe,
Haarketten, Kappenperücken
u. s. w. billigt an. Defekte Haars
arbeiten repariere billigt.
Karl Mösck, Friseur
Aue bei Durlach. 3822

Billige Lebensmittel

Donnerstag — Freitag — Samstag. Soweit Vorrat!

Stangenspargel 1/2 Dose	Erbsen 1/2 1/2 Dose
dünn 65 115	Gemüse-Erbsen 26 42
mittelstark 90 170	Junge Erbsen 30 50
stark 105 195	Pois moyens 30 48
sehr stark 115 220	Petit Pois moyens 58 65
extra stark 130 245	
Schnittspargel 1/2 1/2 Dose	Bohnen 1/2 1/2 Dose
Abschnitte 38 64	Schnitt- u. Brechbohnen 32
ohne Köpfe 48 85	Schnitt- u. Brechb. ohne Fad. 26 42
dünn, mit Köpfen 54 98	Wachsbohnen 26 42
mittel, mit Köpfen 70 130	Prinzessbohnen 41 72
stark, mit Köpfen 85 155	

Weine	Liköre	Punsche
Samos . . Flasche 125	Hartwig Kantorowicz A. G.	Rum-Punsch-Essenz . . 110 95
Malaga . . Flasche 135	in Miniatur-Fläschchen 6 Stück 1.50	Arzac-Punsch-Essenz . . 110 195
Maragoni . . Flasche 120		Ananas-Punsch-Essenz . . 110 195
Duro-Port . . Flasche 195		Portwein-Punsch-Essenz . . 110 195
Geräucherte Schinkenstücke 1.28	Delikatess-Nußschinken 1.55	Mageres Dörrfleisch 1.15

Back-Artikel	Für den Weihnachtsfisch!
W. Weizenmehl (Phönix extra) 95	Nürnberg-Lebkuchen i. Dos. 125 195
in Handtuch-Säckchen, 5 Pfd. 188	Weisse Lebkuchen Paket 36 30 24
10 Pfd. 188	Braune Lebkuchen Paket 36 30 24
Sultaninen Pfund 85 75 65	Basler Lebkuchen Paket 18 12 9
Korinthen Pfund 48 40	Honig-Kuchen Stück 38 20 10 5
Süsse Mandeln Pfund 190 180	Magenbrot Pfund 70
Haselnusskerne Pfund 94	Pflastersteine Pfund 45
Orangeat Pfund 58	Nürnberg. Plätzchen Pfund 88 55
Citronat Pfund 68	Weihnachts-Mischung Pfund 95
Citronen Dutzend 60	Tannenbaum-Kakes Pfd. 85 68 50
Griesszucker Pfund 21	Wallnüsse Pfund 80 60
Puderzucker Pfund 28	Trauben-Rosinen Pfund 120 100
Pflanzenfett Pfund 67	Krachmandeln Pfund 150 95
Rein., deutsch. Schweineschmalz 82	Felgen in Kisten Kistchen 38
Süssrahm-Margarine Pfund 85	Muskat-Datteln Pfund 70
Kunsthonig 1 Pfund-Glas 48	Muskat-Datteln Karton 60 48
Honig, garantiert rein, 1 Pfund-Glas 95	Orangen Stück 5 4
Backpulver 8 Pakete 25	Pralinée-Mischung, Pfund von 95 an
Vanillezucker 8 Pakete 25	Gebrannte Mandeln Pfund 95

Spielwaren

an Auswahl und Preiswürdigkeit unübertroffen. Die Besichtigung unserer Spielwaren-Ausstellung ist für Jedermann von grösstem Interesse.

Ueberraschend grosse Auswahl in **Geschenk-Artikeln.** Ausstellung parterre.

Um den enormen Verkehr in den Nachmittagsstunden vor Weihnachten etwas zu entlasten, gewähren wir bis inkl. **Samstag**, vormittags von 8 bis 1 Uhr

Doppelte Rabatt-Marken

auf sämtliche Artikel ausgenommen Nähgarne, Markenartikel u. Lebensmittel.

KNOPF. KNOPF.

Verband südd. Eisenbahner.
Sonntag den 14. Dezember, vorm. halb 10 Uhr, im „Apollo“, Marienstrasse 16
Große öffentliche Eisenbahner-Versammlung.
Thema: Die bevorstehende Plenarsitzung der Arbeiterausschüsse und unsere Forderungen an den Landtag.
Referent: Gauleiter Kollege Schwall.
Die Herren Landtagsabgeordneten von Karlsruhe und Umgebung sind hierzu freundlichst eingeladen.
Eisenbahner erscheint in Massen!
Die Gauleitung.

Bekanntmachung.
Infolge vielfach vorkommender mißbräuchlicher Benützung von Arbeiter- und Schülerwochenkarten machen wir auf die einschläglichen Bestimmungen unserer Beförderungsbedingungen aufmerksam und bringen dieselben hiermit neuerdings zur Kenntnis.
§ 5. Arbeiterwochenkarten.
Die Wochenkarten sind für den Frühverkehr im Winter bis vormittags 8 Uhr gültig.
Zur Benützung der Arbeiterwochenkarten sind berechtigt Arbeiter und Arbeiterinnen, die in regelmäßiger Beschäftigung bei Gewerbeunternehmungen stehen und überwiegend körperliche Arbeitsleistungen verrichten, zur Fahrt zwischen ihrer Wohnung und Arbeitsstelle.
Angestellte mit Monats- oder Jahresgehalt, Handlungsgehilfen, Schüler, Dienstboten und selbstständige Gewerbetreibende sind von der Benützung von Arbeiterwochenkarten ausgeschlossen. In Zweifelsfällen sind die Verkaufsstellen berechtigt und verpflichtet, die Ausstellung der Karten zu unterlassen und den Besteller an das Straßenbahnamt zu verweisen.
§ 6. Schülerwochenkarten.
Zur Benützung der Karten sind berechtigt nur die Schüler und Schülerinnen der städt. und staatl. Volksschulen und Mittelschulen, sowie der städt. Jahreshandelschule. Ausgeschloffen von der Benützung sind die Beförderer von Privat-, Fach- und Hochschulen und Frauenarbeitschulen, sowie Lehrlinge.
§ 13. Verfassung von Zeit- und Wochenkarten.
Personen, welche sich wiederholt eine mißbräuchliche Benützung von Zeit- und Wochenkarten oder eine Hebertragung der behördlichen Betriebsordnung haben zu Schulden kommen lassen, kann der Bezug und die Benützung solcher Karten vorübergehend oder dauernd verweigert werden.
Karlsruhe, den 9. Dezember 1913.
Städtisches Straßenbahnamt.

Viel Glück
hatte meine Kollente in der Badener Lotterie mit dem 6. Haupttreffer und 2 weiteren Pferden, in der Altenburger mit einem 500 Mark-Treffer und sehr schönen Mittel- und Kleingewinnen in diesen und anderen Ziehungen. Ich zahle alle Trefferlose aus oder tausche gegen Badener Geldlose à 1 Mk., 11 Stück 10 Mk., sowie Preuss.-südd. Klassenlotterie u. a. genehmigte Sorten.
Carl Göb
Sebelstr. 11/15, b. Rathaus.

Bucherer
empfiehlt
Bündel-Holz
große Bündel 10
25 Bündel 2.25
Briketts
7 Stück 10
Zentner 1.20
Bügelkohlen
2 Pfd.-Palet 14
10 Palet 1.35
Bucherer
in sämtl. Filialen.

Donnerstag, 11. Dezember, abends 8 Uhr
im Kleinen Festhallsaal
Mütter-Abend
für Mütter der Volksschulkinder.
Vortrag: „Der Wert der Ausbildung der Hand und der Sinne für die Kunst im Leben des Kindes.“
Richtbilder: „Weihnachten in der modernen Kunst.“
Musikalische Darbietungen.
Berein Frauenbildung-Frauenstudium.
Berein Badischer Lehrerinnen.

Eier!
für die Weihnachtsbäckerei
empfehle sämtliche Sorten und Qualitäten sowie
beste Süssrahm-Tafelbutter
zu den billigsten Tagespreisen.
Lieferung frei ins Haus und alle Stadtteile.
Christian Emmel
Eiergrosshandlung. Telefon 1596.
Hauptgeschäft: Luisenstrasse 44
Filiale: Waldstrasse 66, Ecke Sophienstrasse.

Mühlburg.
Billige Äpfel.
Gabe einen Wagon schöne Äpfel erhalten und verkaufe sie zu dem billigsten Preis von 10 bis 15 Pfg. per Pfund.
Rheinstr. 12 im Hof.
Wal. Wipfler.
Mühlstr. 47, 4. St. r., Ecke Luisenstr., ist ein schönes einfach möbl. Zimmer sofort an soliden Erb. bill. z. verm.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Wand- und Taschen-Uhren
sowie
Gold- u. Silberwaren, Trauringe
in 8 und 14 Karate, Paar von 10 Mk. an.
Ferner werden sämtliche Reparaturen an Uhren und Goldwaren in meiner Reparaturwerkstätte gut und bei billiger Berechnung ausgeführt.
Karl Billian, Uhrmacher, Ladengeschäfte: Ecke Karl- u. Neue Bahnhofstrasse 1 und Schützenstrasse 55.

Gebrüder Scharff
Frisch eingetroffen
Schellfische
mittelgrosse per Pfd. 36
kleine Bratfische per Pfd. 28
Süßbücklinge
feinste fette per St. 9
5886

Grosse Gelegenheit in Damen-Konfektion!

Wenn Sie die Gelegenheit benützen
Sparen Sie an jedem Stück **5 bis 25 Mk.**

Wir kaufen dieser Tage neue grosse Posten Konfektion, ausserordentlich günstig ein und sind hierdurch in der Lage, ganz

bedeutende Vorteile

zu bieten.

Betrachten Sie meine sehenswerte Weihnachts-Innendekoration „Hänsel und Gretel“

Mode- u. Aussteuerhaus

Hugo Sandauer

Hugo Sandauer

Karlsruhe
Kaiserstr.
Ecke
Lammstr.

Pfannkuch & Co
Frische
Schellfische

in schwerster Verpackung treffen
Mittwoch und Donnerstag ein:

Große, 1-2 pfündig . . .	Pfund	38	Pfg.
Bratfische	Pfund	28	Pfg.
Cabliau	Pfund	28	Pfg.
" im Ausschnitt	Pfund	32	Pfg.
Stockfische	Pfund	25	Pfg.

Als bester Butterersatz empfehlen
Osbu (Margarine) 95 Pfg.

Neu eröffnet!
Im „Reichshof“ gegenüber dem neuen Hauptbahnhof.
Beste Einkaufsgelegenheit für unsere werte Kundschaft.

Pfannkuch & Co
G. m. b. H.
in den bekanntesten Verkaufsstellen

Privatspargesellschaft in Karlsruhe

Die Sparbücher sind satzungsgemäß auf Jahresabschluss zur Kontrolle und Zins- und Dividenden-Gutschrift einzureichen. Die geehrten Mitglieder werden daher, sofern in diesem Jahre keine Einlagen oder Rückzahlungen mehr beabsichtigt sind, ersucht, für Abgabe der Sparbücher in unserem Geschäftslokal, Ratlstraße Nr. 40, Sorge tragen zu wollen.

Karlsruhe den 1. Dezember 1913.
Der Verwaltungsrat.

Ihr Weg führt sich wenn Sie
Pelze
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
einkaufen. 5241
Keine Ladenpreise.
Nur neue Ware.
Sonntags bis 7 Uhr offen

Eingerahmte
Bilder
für Geschenkzwecke
in riesiger Auswahl

Besichtigen Sie unseren patentierten
Bilder-Schrank.
Derselbe zeigt über 1200 Kunstblätter in allen Grössen Kupferdrucke, Aquarellgravuren u. s. w.

Einrahmungen
prompt und billig.

Kunsthandlung
MOOS

Kaiserstrasse 96
Telephon 994.

Heberzieher färbt à 3.—
Herren-Anzüge à 3.50
Damenkleider à 3.—
Färberei Firnrohr
Kaiserstrasse 28. 5865

Schuhfabrikerei, Beste
Verleitung, billigste Preise. 5840
H. Löbel, Hardtstr. 2a.

Molkereibutter
Pfd. 70 Pfg. u. 65 Pfg.
erhält man als Ersatz durch Verwendung unserer Marken:
Eigeln-Margarine Frischer Mohr per Pfd. 70 Pfg.
Süssrahm-Margarine Holstein per Pfd. 70 Pfg.
Süssrahm-Margarine Luisa per Pfd. 65 Pfg.
Vertreter: Xaver Rudloff
Blumenstr. 15.
NB. Bestellungen u. Verkauf täglich auf dem Ludwigplatz und Marktplatz. 5805

Deutscher Transportarbeiterverband
Sektion der Straßenbahner.

Samstag, den 13. Dezember, abends halb 9 Uhr, im Saale zum „Burghof“.

4. Stiftungsfest

unter gefl. Mitwirkung des Gesangsvereins „Harmonie“, einer Abteilung der Gewerkschaftskapelle und des Salon-Humoristen Herrn Otto Staud.

Bestreber: Herr Stadtrat Dr. Ed. Dieß.
Hierzu laden wir sämtliche Straßenbahner und Gewerkschaftsmitglieder nebst Angehörigen höflichst ein.
Die Sektionsleitung.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarbeiter
Filiale Karlsruhe.

Samstag den 13. d. M., abends halb 9 Uhr, im Lokal zur „Kronenhalle“.

Mitgliederversammlung

mit folgender Tagesordnung: 1. Jahresr. 2. Kartellbericht. 3. Abrechnung vom III. Quartal. 4. Berichterstattung von der Neuorganisation des Arbeiterausschusses.

In Anbetracht dieser äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Des Weiteren machen wir die Kollegen darauf aufmerksam, daß sämtliche unserer Bibliothek entliehenen Bücher in der Versammlung abzuliefern sind, zwecks Inventuraufnahme. Außerdem geben wir den Kollegen bekannt, daß unsere Notizkalender für 1914, mit reichhaltigem Material ausgestattet, eingetroffen sind, und können durch die Unterkassierer zum Preise von 50 Pfg. von unsern Mitgliedern bezogen werden.

Der Vorstand.

Echt Silber. Mit 2 jähr. Garantie.

Herren- und Damen-

Uhren von 6⁹⁰ Mk. an

bis zu den feinsten Präzisions, in Gold und Silber.

Wecker von 2 Mk. an mit Garantie.

Auch sonst. Gelegenheitskäufe in Gold u. Silber nur bei

J. Gelman, Uhrmacher,

36 Zähringerstrasse 36, Ecke Waldhornstrasse.

Gelegenheitskauf. 5068 Für Weihnachtsgeschenke.

Spanische Weinhandlung

von

Jaime Miro

empfiehlt ihre garantiert naturreinen

Weine

Rotwein von 60 Pfg. per Liter an

Weisswein von 70 Pfg. per Liter an

ff. Süß- und Dessertweine

Cognacs und Liköre.

Verkaufsstellen: Ruppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Lessingstrasse 29, Schillerstr. 23, Rheinstr. 45 und Gerwigstrasse 20.

Räse-
Abschlag!

Reichener
Rahmkäse

bei ganzem Laib

Pfund 60

im Aufschnitt

Pfund 65

ff. Limburger

Stangenkäse

bei ganzem Laib

Pfund 35

im Aufschnitt

Pfund 40

ff. bayerischer

Münsterkäse

bei ganzem Laib

Pfund 75

im Aufschnitt

per Pfund 80

Feinster

Emmentaler

Käse

Pfund 1.20

bei

Bucherer

in sämtl. Filialen.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft.

G. Meck, geb. Stürmer,
Erbsbrunnstr. 21, 2. Stod.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft.

Adlerstr. 28, Seitenbau, part.,
gegenüber der „Gerberge zur Heimat“.

Gänselebern

werden fortwährend angekauft.

Geibelstr. 6, 4. St., Mühlburg.

Abführ-Tee

„Frangula-Tee Marke Bonuswerk“
bestbew. Hausmittel à 50 Pfg.
Drau. B. Mavar, Wilhelmstr. 20.